

Simulierte Nähe

Über die Reaktionen der „Qualitätszeitungen“ und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf die wachsende Macht der digitalen Online-Medien

Clemens Knobloch
Universität Siegen



Working Paper Series
Collaborative Research Center 1187 Media of Cooperation

Print-ISSN 2567-2509

Online-ISSN 2567-2517

DOI doi.org/10.25819/ubsi/10263

dspace.ub.uni-siegen.de/handle/ubsi/2456

URN [urn:nbn:de:hbz:467-24562](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:467-24562)



This work is licensed under the Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 International License.

This Working Paper Series is edited by the Collaborative Research Center Media of Cooperation and serves as a platform to circulate work in progress or preprints in order to encourage the exchange of ideas. Please contact the authors if you have any questions or comments. Copyright remains with the authors.

The Working Papers are accessible online at:

<https://www.mediacoop.uni-siegen.de/de/publikationen/working-papers-media-of-cooperation/>

Print copies can be ordered by sending an email to:

workingpaperseries@sfb1187.uni-siegen.de

Publication is funded by the Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG, German Research Foundation) – Project-ID 262513311 – SFB 1187.

Cover image: unsplash.com/JonathanFarber

Layout: Aydan Sadigbayli

Universität Siegen

SFB 1187 Medien der Kooperation

Herrengarten 3

57072 Siegen, Germany

<https://www.mediacoop.uni-siegen.de/sfb1187.uni-siegen.de>

workingpaperseries@sfb1187.uni-siegen.de

Simulierte Nähe

Über die Reaktionen der „Qualitätszeitungen“ und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf die wachsende Macht der digitalen Online-Medien

Clemens Knobloch
Universität Siegen

Abstract Ausgehend von einem Gutachten, das die Kognitions-
wissenschaftlerin Elisabeth Wehling im Auftrag der ARD 2019
erstellt hat, und das den Anstalten der ARD empfiehlt, ihr an-
geschlagenes öffentliches Image dadurch zu verbessern, dass
sie in allen Verlautbarungen ihre moralische Gemeinschaft
mit dem Publikum rhetorisch herausstellen, geht der Text der
These nach, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die
sogenannten Qualitätsmedien sich ohnehin per simulierter
Nähe den Kommunikationsbedingungen der Digitalmedien
und sozialen Netzwerke anpassen. Diesen letzteren gegen-
über versuchen sie aber, ein Tatsachenmonopol für sich zu
errichten.

Keywords Nähe, Distanz, Qualitätsmedien, ARD, Moralisie-
rung, Kontaminationsbegriff

1. Vorab

Im Jahr 2019 veröffentlicht der Blog netzpolitik.org ein (bis dahin sorgfältig geheim gehaltenes) Gutachten, das die Sprachwissenschaftlerin Elisabeth Wehling im Auftrag der ARD (und als Ergebnis gemeinsamer Workshops) verfasst hat. Auf beinahe 100 Seiten bündelt es sehr praktische Handlungsempfehlungen für die Selbstdarstellung der öffentlich-rechtlichen Anstalten, die sich mit einigem Recht (vgl. Krüger 2016) darum *sorgen*, in der Konkurrenz mit den Online-Medien Vertrauen und Reichweite zu verlieren. Wehlings Rezept lässt sich in der Formel „simulierte Nähe“ zusammenfassen. Die Medienmacher werden angehalten, in allen Beiträgen ihre Gemeinschaft mit dem Publikum herauszustellen, Fakten stets in moralische Frames (kommunikative Rahmungen) einzubetten, ihre Deutungsmuster dem Publikum durch ständige Wiederholung

„einzuhämmern“ (Wehling 2019: 81), Fälle und (persönliche) Geschichten zu erzählen, die man auch im Privatgespräch nutzen würde (2019: 83). *Qua framing sandwich* soll jede Information/Tatsache in starke und gemeinschaftsstiftenden moralische *claims* eingepackt werden.

Die These meines Diskussionsbeitrags lautet, dass Wehlings Gutachten explizit formuliert und empfiehlt, was Qualitätspresse und öffentlich-rechtliche Medien als spontane Anpassungsbewegungen an die wachsende Macht und Reichweite der Netzkommunikation bereits mehr oder minder konsequent praktizieren: An die Stelle konzeptuell schriftlicher und informationsverdichteter Distanzkommunikation treten konzeptuell mündliche, affekt- und erlebnisnahe Formate der Nähekommunikation (vgl. Koch & Oesterreicher 1985). Man erfährt nicht mehr, was passiert ist, sondern wie Teilnehmer und Journalisten

es erlebt, empfunden und verarbeitet haben. Endemisch sind im ARD-Rundfunk die Fragen des Typs: „Wie hast Du XYZ wahrgenommen?“, „Wie geht es den Menschen mit XYZ?“, „Wie fühlst Du dich bei XYZ?“, „Was macht das mit dir?“. In den klassischen Informations- und Nachrichtenformaten hören (und sehen) wir mittlerweile längere Gespräche zwischen Studioleuten und Reportern ‚vor Ort‘ (man duzt sich in aller Regel), die sich mit den Mitteln der Mündlichkeit um Publikumsnähe und Betroffenheitsvermittlung bemühen. Wie sehr Wehlings Gutachten den medialen Zeitgeist trifft, erhellt daraus, dass sogar die von ihr empfohlenen Selbstdarstellungsformeln (vom Typ: „Wir sind Deines“, „unser gemeinsamer freier Rundfunk“ etc.) wörtlich in den Verlautbarungen von ARD-Granden vorkommen.

Zu solchen mikrostrukturellen Nähesimulationen gesellen sich dann leicht die großen Trends, die man in den traditionellen Medien beobachten kann: Boulevardisierung, Lebenshilfe, Ratgeberisierung, Präsentation von Prominenten, Hybride aus Belehrung und Unterhaltung, Infantilisierung des Publikums – eine gigantische „Sendung mit der Maus“ – nur für ein erwachsenes Publikum.

Aber es geht in den traditionellen Medien nicht allein um die Erzeugung moralischer Gemeinschaft mit dem Publikum. Im Verhältnis zu den Internetgiganten versucht man gleichzeitig, die eigenen Machtverluste (Wegfall der Gatekeeper-Rolle) dadurch zu kompensieren, dass man sich als seriöse Grenzwächter gegen deren Welt der Desinformation, der Fake News, der Verschwörungstheorien in Stellung bringt (qua investigativer Netzwerke, Faktenchecker etc.).

Am „Manipulationsmanual“ (so die Kritik) Wehlings lässt sich auch die wachsende Diskursmacht derjenigen wissenschaftlichen Experten demonstrieren, die Brecht gerne als „Kopflanger“ bezeichnet, weil sie ihr Fachwissen für die Bedürfnisse der Mächtigen aufbereiten (vgl. Knobloch 2021). Zugleich ist der Streit um Wehlings Gutachten symptomatisch für die neue medienpolitische Konstellation: Wer die ARD (und das von ihr mit Rundfunkbeiträgen teuer bezahlte Gutachten) kritisiert, wird gerne in die rechte Ecke gerückt, weil man dort die öffentlich-rechtlichen und die liberalen Leitmedien grundsätzlich ablehnt (Weshalb z.B. netzpolitik.org nach der verdienstvollen Veröffentlichung des Wehling-Textes relativiert hat und zurückgerudert ist. Man möchte nicht mit rechten Anliegen in Verbindung gebracht werden; dazu weiter unten unter „Kontaminationsbegriffe“).

Mittlerweile beherrscht eine Rede des scheidenden ARD-Vorsitzenden Tom Buhrow die Diskussion über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (Buhrow 2022). In dieser Rede fordert Tom Buhrow (als Privatmann!) einen Runden Tisch, der einen neuen „Gesellschaftsvertrag“ für den öffentlich-rechtlichen Bereich aushandeln soll. In dieser Rede fällt die Formel vom „gemeinnützigen Rundfunk“ nicht weniger als fünfzehnmal (Danke,

Frau Wehling!). Niemand dürfte besser wissen als Herr Buhrow, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk im juristischen Sinne nicht ‚gemeinnützig‘ ist.

Wem es immer noch an Anschauungsmaterial zu den skizzierten medialen Trends gebricht, der sei verwiesen auf die penetranten Versuche, zu Beginn der Fußball-WM in Katar 2022 die dortigen Zustände den Fernsehzuschauer als ‚Gewissensfragen‘ zuzuschleppen: „Können Sie es mit Ihrem Gewissen vereinbaren, die WM-Spiele im Fernsehen anzuschauen?“. Die besorgten Moderatoren inszenieren sich als Seelsorger des (verantwortlichen) Publikums, das aber natürlich ganz demokratisch entscheiden muss, was es tut. Man hilft freilich gerne bei der Gewissensentscheidung und ist somit ganze nah bei den Menschen!

Und schließlich: Als Wissenschaftshistoriker lege ich Wert auf die Feststellung, dass der Motivkomplex der ‚simulierten Nähe‘ in massenmedialer Kommunikation nicht von mir erfunden worden ist. Er hat eine ehrwürdige Tradition in der Erforschung und Analyse medialer Massenkommunikation. Der folgende Text handelt lediglich von den jüngsten Wendungen in diesem Bereich. Dass mediale Massenkommunikation interaktive ‚Nähe‘ simuliert, um wirkungsvoller zu werden, ist nachgerade ein Gemeinplatz in der Geschichte der Massenkommunikation. Eine frühe Quelle für diesen Gedanken ist Horton & Wohl (1956). Auch in den medien- und kulturkritischen Texten von Marshall McLuhan ist das fragliche Motiv gegenwärtig. Und Peters (1999: 217) resümiert, dass die (kommerziellen) Massenmedien in den USA von jeher die Inszenierung persönlicher Beziehungen zwischen der Persona des Senders und den Rezipienten kultivieren. Die ‚persönliche‘ Nähebeziehung ist allenthalben Vorbild und Modell der Massenkommunikation. Das Neue, um das es hier gehen soll, betrifft allein die (hierzulande bisher überwiegend distanzkommunikativ inszenierten) politischen Nachrichtenformate, und zwar in erster Linie die im Rundfunk und in den Zeitungen gepflegten. Ich vermute, dass für Fernsehformate ähnliche Beobachtungen gemacht werden können, habe aber da selbst wenig Erfahrung.

Auch müsste eine systematische und soziologische Untersuchung der im Folgenden bloß anekdotisch angerissenen Phänomene allgemeine Informalisierungstendenzen in hoch individualisierten Gesellschaften einbeziehen, wie sie von Norbert Elias (unter dem Stichwort „Wandlungen der Wir-Ich-Balance“; vgl. Elias 1987: 207ff) bis Andreas Reckwitz (unter den Stichworten „Digitalisierung als Singularisierung“ und „Neogemeinschaften“; vgl. Reckwitz 2017) unternommen worden sind. Das wäre aber weit mehr als ein Diskussionsbeitrag. Es wäre ein Forschungsprogramm.

Und schließlich: Wenigstens teilweise dürfte es sich bei den hier angesprochenen Phänomenen auch um Begleiterscheinungen dessen handeln, was die Medienwissenschaft als „Plattformisierung“

des (öffentlich-rechtlichen und des sonstigen) Journalismus bezeichnet: um den Versuch, journalistische Themen und Inhalte so aufzubereiten, dass sie auch in den sozialen Medien zirkulationsfähig sind.

2. Simulierte Nähe

Zum reaktiven Repertoire medial simulierter Nähe zählen viele verschiedene Formate. So hat, namentlich im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die Anzahl und Vielfalt der ‚partizipativen‘ Formate stark zugenommen. WDR5 sendet an jedem Werktag das 50-minütige „Tagesgespräch“, das zu einem aktuellen Thema (in den vergangenen beiden Jahren waren es oft Coronathemen) eine Konstellation aus Redakteur, Experte und anrufendem Hörerpublikum zusammenführt. Eingebaut werden solche partizipativen Telefonphasen auch in andere Formate, z.B. in das „Wunschkonzert“ auf WDR3, wo die bedauernden Hörer sich meist belanglose Geschichten anhören müssen, die von der besonderen biographischen Beziehung der Wünschenden zu den von ihnen gewählten Musikstücken handeln. In den Wissenschaftssendungen von Rundfunk und Fernsehen, die durchweg stark ‚ratgeberisiert‘ sind, werden per *phone-in* Hörerfragen gestellt und beantwortet. Die Redakteure sprechen vielfach, als säßen sie mit den Hörern um einen Tisch. Anekdotisches: Einer erzählt (in einer politischen Nachrichtensendung), was seine Frau heute früh zu ihm gesagt hat. Nach der (ganz und gar konzeptuell mündlichen) Befragung des Reporters, der sich „vor Ort“ befindet, schließt der Sprecher (auf WDR5) mit dem Satz: „Schön, dass wir an dieser Stelle darüber sprechen konnten“. Wenn es um die Überbelastung der Testlabore (wegen der Corona-Tests) geht, erzählt der Redakteur, auch seine medizinische Blutprobe habe sich verzögert, weil die Labore „am Anschlag“ seien. Sehr beliebt ist im WDR (aber nicht nur da) auch die an den Reporter vor Ort gerichtete Frage: „Was macht das mit dir?“ Diese Liste ließe sich beliebig verlängern. Aber was verrät dieser auffällige Hang zur konzeptuell mündlichen Nähekommunikation? Und vor allem: Was verrät er über das unterstellte Verhältnis zwischen Information und Wahrheit auf der einen, Gefühl und Empfindung auf der anderen? Man hat den Verdacht, die Journalisten handeln nach der Maxime: Wahr ist, was sich richtig anfühlt: „Der Journalismus wähnt sich nahe bei den Menschen, weil er sie nach ihren Gefühlen befragt“, schreibt Stegemann (2021: 185). Ohne wertende O-Töne von Passanten, denen man das Mikrofon vorhält, geht kaum eine Meldung über den Äther.

Zunächst lohnt ein Vergleich mit Stil und Duktus der traditionellen politischen Nachrichtensendungen (wie er im Rundfunk noch teilweise, etwa beim Deutschlandfunk, gepflegt wird). Hier sind die Beiträge von auswärtigen Korrespondenten durchweg konzeptuell schrift-

lich, vorformuliert und werden im Rundfunk verlesen. Ihre Sprache ist die der distanzierten, von Emotion und Moralisierung gleich weit entfernten Information. Der Sprecher selbst tritt in den Hintergrund. Seine Wertung und sein Urteil sind gewissermaßen ausgehängt. Selbstverständlich weiß jeder Kommunikationspraktiker, dass auch in Rahmungen, die sich durch solche ‚Objektivitätssuggestionen‘ (und durch einen distanzierten Duktus) auszeichnen, Tendenzen, Wertungen, Weltanschauungen transportiert werden. Sie stecken in der (strategischen) Wortwahl, in den Namen, die man den Akteuren, Ereignissen und Handlungen gibt, in der Dramaturgie des Berichts, in den langfristig etablierten Deutungsmustern.

Während die klassischen Qualitätsmedien darauf setzten, die eigene Objektivität und Glaubwürdigkeit durch Distanz und Abstand der medialen Eigensphäre gegen die Alltagswelt der Hörer zu unterstreichen, inszeniert man sich heute gerne als Kumpel, Alltagsmensch, als ‚einer von euch‘. Dass jede Kommunikation eine Beziehung zu ihren Rezipienten definiert, die von diesen (trotz Einwegkommunikation) ratifiziert werden muss, ist selbstverständlich. Und mittlerweile scheint man Vertrauen in die eigene Berichterstattung eben durch Formen der Empathie mit der projizierten Welt der Rezipienten erzeugen zu wollen. Selbst der Wetterbericht, traditionell eine Domäne karger Zahlen und Fakten (Temperatur, Luftdruck, Niederschlag...) kommt jetzt als launiges Gespräch zwischen Redakteur und „unserem Wetterexperten“, in dem es um die Mitnahme eines Schirms oder um Wochenendausflüge geht. Und zu gefühlt jeder zweiten Ereignisinformation hören wir (im WDR) im O-Ton, wie ein paar Passanten das Ereignis wahrnehmen und bewerten. Auch das entspricht erkennbar den Empfehlungen von Wehling (2019), Sachinformationen in gemeinschaftsbildende moralisch wertende *sandwiches* zu packen.

Pfaller (2017), der die Dinge gerne rhetorisch zuspitzt, schreibt zu diesem Komplex:

Wenn das Kriterium eines Sachverhalts darin besteht, wie eine Person ihn empfindet, dann ist diese Person nämlich keine Person mehr (ebenso wenig wie der Sachverhalt ein Sachverhalt). Sie ist dann nicht mehr wahrheitsfähig. (Pfaller 2017: 56)

Einen Wahrheitsanspruch kann es nur geben, wenn man auch irren kann, und für (geäußerte, gefühlte) Empfindungen steht keine Negation zur Verfügung. Wenn jemand sagt: „Ich empfinde das so und so“, dann kann ich dazu nicht „Nein“ sagen. Darum analysiert Pfaller (2017) diesen Kommunikationstyp in den Medien als eine Entmündigungs- und Entsubjektivierungstechnik: „Nur bei Entmündigten zählt nichts als deren Empfindung“ (2017: 56).

Angesichts der Tatsache, dass die (traditionellen) Medienmacher eine Autoritätsrolle gegenüber ihrem Publikum beanspruchen, dürfte die zugleich inszenierte

Nähe eher paradoxe Effekte erzeugen. Wir können als Medienpublikum entweder die Autoritätsbeziehung ratifizieren („Wir müssen uns darauf verlassen, dass Ihr uns objektiv informiert“) oder aber die kumpelhafte Nähe. Ratifizieren wir beide zusammen, dann infantilisieren und entmündigen wir uns selbst. Die solchermaßen definierte Beziehung gleicht dann einer Eltern-Kind-Beziehung, bei der wir uns darauf verlassen müssen, dass wir in unseren Gefühlen ernst genommen, aber eben auch tatkräftig erzogen werden. Dieses double bind dürfte nicht unerheblich zur Erosion des Vertrauens in die traditionelle Medienszene beitragen (vgl. Krüger 2016). Die sogenannten Qualitätszeitungen und die öffentlich-rechtlichen Anstalten werden zusehends als Erziehungsanstalten wahrgenommen (und provozieren im Publikum Reaktionen des Typs: „We don´t need no education!“). Die zusehends in den Vordergrund rückende erzieherische Selbstdefinition der klassischen Medien spiegelt sich auch stark im Spektrum der bevorzugten Themen und Rubriken. Hier dominieren einesteils die hoch moralisierten Themenfelder des Typs „Me-too“, sexualisierte Gewalt gegen Kinder, Diversität/Vielfalt und Diskriminierung von Minderheiten, auf der anderen Seite wachsen und wuchern die Lebenshilfe- und Ratgeberabteilungen, deren Spanne von kaum getarnter Werbung über Pseudo- oder Bullshit-Wissenschaft („Experten, Studien haben herausgefunden, dass...“) bis hin zu Rubriken reicht, in denen (wirkliche oder vermeintliche) Leserfragen beantwortet werden, zumeist „unter uns“, in kumpelhaftem Näheton. Typisch für diese wuchernden Ratgeberabteilungen sind Varianten des Satzes „Dabei sollten Sie einiges bedenken“. Einsame Spitze und satirisch kaum zu überbieten sind in dieser Hinsicht die ‚Gewissensfragen‘ im freitäglichen SZ-Magazin, die so banal, hilflos und kindlich sind, dass sie kaum von wirklichen Lesern stammen können.

Was traditionell als „Boulevard“ bezeichnet wurde (Klatsch, Adel, Prominenz...), hat längst auch die seriösen Zeitungen geflutet, die (nicht nur in ihren Wochenendausgaben) Rubriken wie „Gesellschaft“, „Stil“ etc. unterhalten, in denen Prominenz gezeigt und erzeugt wird. Schauspieler, Sportler und Politiker beliefern gerne das Format. Sie gehen davon aus, dass es sie bekannt macht. Die Rubrik „Sagen Sie jetzt nichts“ korrespondiert im wöchentlichen SZ-Magazin mit einer möglichst grotesken Bilderstrecke, in der jemand, der seine Medienbekanntheit steigern möchte, sich möglichst originell in Szene setzt. Über die europäischen (und sonstigen) Königshäuser erfahren wir durchweg mehr, als wir wirklich wissen möchten.

All das addiert sich zu einer vielstimmigen Einladung für das Publikum, an der eigenen Infantilisierung mitzuarbeiten. Hier verstärkt freilich die Konkurrenz mit den Internetmedien lediglich Tendenzen, die bereits mit dem Siegeszug privater Fernseh- und Rundfunksender begonnen haben.

3. Das Handlungsfeld

Die (unter 2. skizzierten) Umbauten in der traditionellen Medienszene sind gewiss Reaktionen auf zahlreiche verschiedene Veränderungen des Umfeldes, in dem die Akteure um Aufmerksamkeit konkurrieren und sich positionieren (müssen). Darunter sind handfest ökonomische, wie das Wegbrechen des (ins Internet abgewanderten) Anzeigengeschäfts sowie der Strukturwandel der (algorithmisch ‚individualisierten‘) Werbung. Darunter sind aber auch (sagen wir) symbolische, wie der radikale „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Habermas), den der Siegeszug der digitalen Medien eingeläutet hat (Thiel 2021). Auf den großen digitalen Plattformen kann jede(r) ohne institutionelle Filter mit den jeweils erreichbaren Teilöffentlichkeiten in Kontakt treten. In der Frühzeit des Internets waren daher Illusionen verbreitet, die besagten, das Netz werde zu einer raschen und nachhaltigen Demokratisierung der Öffentlichkeit beitragen. Schließlich könne sich jetzt jede(r) überall beteiligen. So einfach war es freilich dann doch nicht.

Erkennbar überlegen ist die digitale Plattformkommunikation im Many to many-Modus auf dem Feld der raschen, punktuellen und improvisierten Gemeinschaftsbildung. Formen „konnektiven Handelns“ (Thiel 2021) wie *shit storms*, *flash mobs*, Empörungskampagnen etc. werden möglich, ohne dass feste Organisationsstrukturen dafür vorhanden sein müssten. Im Gegenteil: Die Akteure solcher Formen verschwinden oft genauso schnell, wie sie aufgetaucht sind und können oft weder identifiziert noch für irgendetwas verantwortlich gemacht werden. Solche Verantwortungsdiffusion bildet den einen Pol der Plattformkommunikation. Und wenn solche Aktionen eine gewisse Aufmerksamkeitsschwelle überschreiten, werden sie von den traditionellen Medien aufgegriffen und weiter verstärkt. Die etablierten kompakten Akteure der jeweiligen Sphäre können sich dann nicht mehr erlauben, sie zu ignorieren. Von daher eignen sich die neuen Formen konnektiven Handelns dafür, Handlungsdruck für alle Formen von ‚Establishment‘ aufzubauen, seien sie medial, ökonomisch oder politisch.

Die Diffusion von Aufmerksamkeitsmacht in der Plattformkommunikation wird freilich mehr als wettgemacht durch die vollständige Konzentration von Kontrollmacht bei einer Handvoll von Internetgiganten, die die Plattformen programmieren und über die Daten und Algorithmen beherrschen.

Das Gegengewicht zur digitalen Verantwortungsdiffusion im Netz bilden die neuen Ressourcen für den Aufbau von ‚Prominenz‘, etwa durch Follower-Zahlen bei Twitter, durch erfolgreiche Influencer, durch YouTube-Kanäle mit vielen Abonnenten etc. Prominenz ist in der massendemokratischen Öffentlichkeit eine Quelle von Autorität und daher vielfältig nutzbar. Wer solche Ressourcen geschickt einsetzt, der umgeht das Monopol der klassischen Massenmedien für die Ver-

waltung von Prominenz (und zwingt diese unter Umständen sogar dazu, als Schallverstärker für anderweitig etablierte Prominenz zu fungieren).

Das ist freilich ein weites Feld, und hier geht es in der Hauptsache darum herauszufinden, wie die etablierten traditionellen Medien auf die Herausforderungen der Plattformkommunikation reagieren. Zu den einschlägigen Anpassungsbemühungen gehört meines Erachtens der Versuch der klassischen Medien, die im Netz erprobten Möglichkeiten der Bildung moralischer Gemeinschaften mit dem Publikum zu kopieren, zu reinigen und auf Dauer zu stellen. Dazu präsentiert man das Netz im Ist-Zustand gerne als einen (unmoralischen) Ort der Verrohung und Gewalt, als (regulierungsbedürftige) Sphäre von „Hass und Hetze“, so die konventionelle Formel. So perspektiviert stehen die Nutzer der klassischen Medien für die Gemeinschaft der Guten, die gegen die übermächtigen Feinde, gegen die Netzgiganten und ihre missbräuchlichen Nutznießer, angeht. Und wo zwei moralisierte Gemeinschaften gegeneinander stehen, da sind die Paradoxien der Moralkommunikation nicht weit.

In allen Formen der Moralkommunikation geht es (salopp gesagt) nicht um ‚die Sache‘, sondern um Achtung und Missachtung für die Teilnehmer. Durch Moralisierung werden Konfliktthemen in der Regel zugespitzt, sie handeln nicht mehr von unterschiedlichen Ansichten, Meinungen, Informationen, die ausgetauscht und abgeglichen werden könnten, sondern von Achtung und Missachtung. Wer einer hoch moralisierten Perspektive widerspricht, ist nicht „anderer Meinung“, sondern hat die Achtung der „guten“ Teilnehmer verspielt und kann sie nur zurückgewinnen, wenn derjenige auf deren Position überwechselt. Es versteht sich, dass Sprecher, die solchermaßen vorgehen, stets sich selbst auf der ‚guten‘ Seite verorten und die Vertreter anderer Positionen auf der ‚bösen‘. Wo also zwei Gruppen mit moralisierten Positionen aufeinander treffen, da entstehen blockierte und leicht eskalierende Konfliktlagen. Zusammengehalten werden moralisierte Gemeinschaften nicht durch geteiltes Wissen oder durch ein gemeinsames Programm oder durch Interessen. Was sie jeweils vergemeinschaftet, das ist eine (gewählte und/oder erteilte) Identität und ein Muster für die Kommunikation von Achtung und Missachtung. Zu den Paradoxien politischer Moralkommunikation gehört, dass der mahnende Hinweis auf gemeinsame (westliche, europäische, christliche, liberale etc.) Werte ein sicheres Indiz dafür ist, dass die beschworene Wertegemeinschaft in praxi nicht existiert. ‚Also‘ garantiert es die Zustimmung aller Gutwilligen, sie aufzurufen.

Was die Möglichkeiten der Moralisierung betrifft, hat jedes öffentlich kontroverse Thema eigentümliche Ressourcen. Themen wie Abtreibungsrecht und Sterbehilfe erlauben (in gewissen Grenzen) konträre Moralisierungen, Themen wie häusliche Gewalt und sexueller Missbrauch ermöglichen öffentliche Gemeinschaftsbildung nur auf der ‚guten‘ Seite.

Wenn es richtig ist, dass die ‚klassischen‘ Massenmedien auf den Siegeszug der Netzgiganten im Aufmerksamkeitsspiel mit einer Art Doppelstrategie reagieren, zu der einerseits die (im Wehling-Gutachten empfohlenen) Formen der moralischen Gemeinschaftsbildung mit dem Publikum gehören, andererseits aber auch der Versuch, so etwas wie eine Schiedsrichterrolle (oder ein Monopol) für „Fakten“ zu errichten, dann wird die Frage interessant, ob (und wie) sich diese beiden Stränge miteinander vereinbaren lassen. In jedem Falle legt diese Konstellation nahe, dass wir erwarten können, auf Formen der Engführung zwischen einem guten „Wir“ und den anerkannten Tatsachen in den klassischen Medien zu stoßen. Und beide sollten einen gemeinsamen, sowohl moralisch bösen als auch den anerkannten Tatsachen abholden Gegnern haben. Die zusehends regressiven „WIR-bildenden Prozesse“ (so die Formel von Metz & Seeßlen 2011: 389) in den Leitmedien koppeln durchweg die Stränge „WIR sind die Guten“ und „WIR kennen die Fakten“. Eine solche Engführung zwischen moralischer Gemeinschaftsbildung, Handlungsbereitschaft und (selektivem) Faktenregime galt früher als charakteristisch für die Kommunikation archaischer Stammesgesellschaften. Kenneth Burke schreibt in einem mittlerweile beinahe 100 Jahre alten Text (der sich erkennbar am Ethnologen Bronislaw Malinowski orientiert):

By such an identity between the communion and action aspects of speech, the vocabulary of doing, thinking, and feeling is made an integer. (Burke 1984 [1935]: 176)

‚Moderne‘ und massendemokratische Gesellschaften schienen sich bislang dadurch auszuzeichnen, dass sie Moral-, Rechts- und Politikprobleme in unterschiedlichen Funktionssystemen prozessieren. Animiert durch die Herausforderungen der digitalen Online-Medien (und dem damit drohenden Machtverlust) setzen die klassischen Leitmedien mittlerweile auf Entdifferenzierung (und damit auch auf Reprimitivierung der politischen Kommunikation). Ergänzen ließe sich dieser Befund durch die Beobachtung, dass moderne völkische Sprachpolitik (von Post-Versailles Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg bis hin zur jüngsten baskischen, katalonischen, ukrainischen, kroatischen etc. Gegenwart) immer und mit beträchtlichem Erfolg auf solche Engführungseffekte setzt. Die gemeinsame Sprache ratifiziert die Gemeinschaft und das geteilte Weltbild.

Zum Versuch, eine Art ‚Monopol‘ für Tatsachenfeststellungen zu errichten gehören mehrere Komponenten: Die (in der Coronazeit besonders markante) „Expertisierung“ politischer Entscheidungen (vgl. Knobloch 2021) ebenso wie die (keineswegs politisch neutralen, aber vielfach verdienstreichen) investigativen Verbände und

Netzwerke und die diversen „Faktenchecker“. Dazu gehören auch Wissenschaftssendungen des Typs „Quarks“ im WDR sowie die allenthalben etablierten Zeitungsrubriken des Typs „Wissen“ (SZ) oder „Natur und Wissenschaft“, „Geisteswissenschaften“ (FAZ). Die verbalen Feindmarken in dieser Abteilung heißen „postfaktisch“ oder „fake news“ oder auch „alternative Fakten“. Sie unterstreichen den Anspruch darauf, die wirklichen Tatsachen zu haben und markieren Zweifler und Ungläubige mit Kontaminationsbegriffen (vgl. hierzu Abschnitt [4]).

Immer enger wird auch die Verbindung zwischen den (allenthalben boomenden) Wissenschaftsformaten und der Ratgeberkommunikation. In den Wissenschaftssendungen und -rubriken gibt es Rat und Hilfe für den praktischen Umgang mit den Ängsten, die von den Medien selbst geschürt werden. Gut informiert ist, wer stets alle Antworten auf die Frage „Was Sie beachten müssen“ kennt. Praktische Ratschläge stiften Gemeinschaft und reduzieren Distanz. Das fällt besonders auf vor dem Hintergrund, dass Wissenschaftskommunikation ‚von Hause aus‘ ihre Gegenstände in eine (objektive) Distanzperspektive stellt. Für den sprachlichen Duktus von Wissenschaft hat Kenneth Burke die Formel vom „suspended judgment“ geprägt. Unsere medialen Ratgeberwissenschaften sind dagegen eingebettet in äußerst urteilsfreudige Zusammenhänge. Aus dem wissenschaftlichen Ideal eines möglichst neutralen Vokabulars wird so unversehens ein Instrument der Lebenshilfe und Seelsorge für ein unmündiges (und ipso facto auch aktiv entmündigtes) Publikum.

Auf die Seite des guten ‚Wir‘ und der moralisierten Gemeinschaftsbildung gehören die Techniken der simulierten Nähe, der anerkannten Diversität/Vielfalt, der Inklusion anerkannter Opfergruppen und Minderheiten. Die Wirgruppe der traditionellen Medien steht also nicht allein gegen ‚Hass und Hetze‘ im Netz, sie steht auch für die Anerkennung des eigenen Wahrheits- und Tatsachenregimes sowie für die (freilich hoch selektive) moralische Anerkennung von Ansprüchen diverser meist minoritärer und identitätspolitisch verbundener *communities*. Der ideale Gegner beider Ansprüche, sowohl des Anspruchs auf exklusive Verwaltung der Tatsachen wie auch des Anspruchs auf moralische Autorität in Sachen Diversität und Inklusion ist das ‚populistische‘ Wir. In dessen Weltbild stehen beide Ansprüche für die anmaßende Arroganz und Volksferne der ‚Eliten‘, die sich anmaßen, dem ‚Volk‘ vorzuschreiben, was es als Tatsachen nehmen und wie es sie moralisch bewerten soll. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass „Populismus“ einer der zentrale Feindbegriffe der liberalen Medienszene ist. Und ebenso wenig verwunderlich ist, dass sich immer mehr Menschen, die an der Weisheit des medialen Moral- und Faktenregimes zweifeln, bei Populisten, Verschwörungstheoretikern und Rechtsradikalen verortet finden. Dynamik und Eskalation dieser Polarisierungsprozesse sind beträchtlich. Die Tatsache, dass Journalisten bei Demonstrationen

immer häufiger mit Feindseligkeit und Aggression konfrontiert sind, spricht Bände.

Am Rande bemerkt: Mit Händen greifen kann man die Widersprüche zwischen umfassender moralischer Eingemeindung des ‚guten‘ Publikums und medialem Faktenregime da, wo die Gatekeeper- und Filterfunktion der Medien nicht bloß im Ergebnis, sondern auch im Prozess der Sendung auftritt. In phone-ins (wie dem WDR5-Tagesgespräch) hat der Hörer den Eindruck einer direkten Teilnahme der Anrufenden an der Sendung. Tatsächlich gibt es aber filternde Vorgespräche, in welchen die Anrufer ausgewählt werden, die man dann in die Sendung durchstellt. Das ist natürlich legitim, hat aber manchmal paradoxe Folgen. Gelegentlich bezieht sich ein Anrufer auf Sendung nämlich auf diese Vorgespräche und macht sie dadurch sichtbar („wie ich schon im Vorgespräch gesagt habe...“), gelegentlich gibt es aber auch ‚guerillakommunikative‘ Durchbrecher, die sich offenbar im Vorgespräch verstellt haben und dann auf Sendung plötzlich Dinge sagen, denen man im WDR keine Öffentlichkeit geben mag. Dann entsteht eine Situation, die der Redakteur entweder kommunikativ normalisieren oder aber unterbrechen muss, indem er dem Anrufer das Mikro abdreht, den Ton sperrt. Geschickte Medienleute können mit einer solchen Situation umgehen (und sie manchmal so ‚drehen‘, dass sie die Liberalität der Sendeanstalt unterstreicht), aber in der Regel entsteht der desaströse Eindruck eines abgekarteten Spiels, in dem nur die Hörer zu Wort kommen, die das sagen, was der Redakteur hören möchte.

Was schließlich das von liberalen Leitmedien beanspruchte Schiedsrichtermonopol für „Tatsachen“ betrifft, so bleibt es meist implizit, es wird aber auch explizit und programmatisch formuliert (z.B. von Zürn 2022 in der SZ). Dabei geht es dann meist um Lügen und „Leugner“ in den ganz großen (Menschheits-)Dingen, wo man so gut wie alle Vernünftigen an Bord weiß. Ich zitiere ausführlich:

Die zweite grundlegende Herausforderung der liberalen Erkenntnislehre verbindet sich mit einer Ideologie, die man als autoritären Populismus bezeichnen kann. Dessen Infragestellung der liberalen Erkenntnislehre zeigte sich zuletzt etwa durch die Coronaleugner und durch die Leugnung der Wahlniederlage durch das Trumplager. Die Infragestellung des Klimawandels bot ebenso ein frühes Anzeichen für diese Entwicklung wie die permanente Rede von der „Lügenpresse“, die darauf abzielt, die Schiedsrichterfunktion der Qualitätsmedien im öffentlichen Diskurs in Frage zu stellen. (Zürn 2022)

Hier wird ein Muster erkennbar, das darin besteht, jeden Zweifler an offiziellen ‚Wahrheiten‘ sogleich moralisch im ‚Reich der Bösen‘ zu verorten. Im politischen Diskurs ist es freilich trivial, dass Tatsachen selbst, ob sie nun anerkannt werden oder nicht, ‚unpolitisch‘ sind. Das heißt: De facto geht es in der politischen

Kommunikation immer um den Nexus zwischen „Tatsachen“ und den mit ihnen begründbaren und legitimierbaren Maßnahmen und Politiken. In aller Regel müssen die „Tatsachen“ dafür herhalten, die getroffenen Maßnahmen ‚alternativlos‘ erscheinen zu lassen. Und das sind sie de facto nie. Und wer die getroffenen Maßnahmen ablehnt, der findet sich plötzlich verortet bei den „Leugnern“ der Tatsachen, bei Verschwörern und anderen „Unberührbaren“ (vgl. unter [4]).

Eigentlich ist die Rolle, die (mehr oder weniger unbezweifelbare) Tatsachen im politischen Diskurs spielen, nicht so schwer zu verstehen. Es gibt unendlich viele atomisierte ‚Tatsachen‘, und mediale wie politische Akteure wählen für ihre Kommunikationen stets diejenigen, die mit Inferenzen und Folgerungen verbunden sind, die ihren Interessen entsprechen, die sie für richtig und angebracht halten. Das ist z.B. in Corona-Angelegenheiten so offensichtlich, dass man sich fast scheut, es explizit zu machen: Wer in der Omikronphase die Fortdauer der Beschränkungen durchsetzen möchte, der verweist unentwegt auf die nie dagewesenen und steigenden Infiziertenzahlen. Wer ‚Lockerungen‘ durchsetzen möchte, der verweist auf die weitgehend ‚normale‘ Auslastung der Intensivstationen. Um Tatsachen handelt es sich in beiden Fällen, aber eben um Tatsachen, die inferenziell mit entgegengesetzten Handlungsoptionen verbunden sind. Aus beiden Tatsachenkomplexen lassen sich dann sekundäre Folgerungen entwickeln: Wer Einschränkungen zurückfahren möchte, der verweist darauf, dass wegen der hohen Infiziertenraten auf den Intensivstationen viele Menschen ‚mit‘ Omikron, aber ‚wegen‘ anderer Krankheiten liegen etc. Und ganz analoge Konstellationen gibt es in so gut wie allen politischen Konfliktlagen. Welche Tatsachen und Wahrheiten zählen mehr in der augenblicklichen Ukraine-Krise? Die Tatsache, dass Russland eine große Zahl von Soldaten an den Grenzen zur Ukraine hat aufmarschieren lassen? Oder die Tatsache, dass seit Jahrzehnten von den USA, von westlichen Stiftungen etc. Milliardensummen, Waffen, Ressourcen aller Art an prowestliche Akteure in der Ukraine geliefert werden, dass der prorussische Regierungschef Janukowitsch mit westlicher Hilfe weggeputscht worden ist, dass nach 2014 diverse prorussische Politiker in der Ukraine ermordet worden sind, ohne dass das die hiesigen Medien sonderlich interessiert hätte? Oder die Tatsache, dass rechtsradikale Milizen in der Ukraine über beträchtliche Macht verfügen? Krüger (2016: 7–24) rekonstruiert im Detail, dass und wie sich die deutschen Leitmedien bereits in der letzten Ukraine-Krise 2014ff nicht gerade um die „ganze Wahrheit“ verdient gemacht haben, sondern allein und selektiv um die „westliche Wahrheit“. Und dass die Kriege des Westens, der NATO, der USA in den vergangenen Jahrzehnten mit Lügen begonnen und gerechtfertigt worden sind („Massenvernichtungswaffen“ im Irak, „Hufeisenplan“ in Serbien/Kosovo, „Brutkastenmorde“ im

ersten Golfkrieg, Gaddafis geplantes „Massaker“ in Libyen) ist leider auch eine Tatsache unter anderen Tatsachen, aus denen jeder seine Schlüsse ziehen muss. Mit dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine im Februar 2022 teilt sich die Medienwelt dann vollends in westliche Tatsachen, die in Russland nicht verbreitet werden können, und russische Tatsachen, die im Westen nicht zirkulieren können.¹

Dass freilich die Bandbreite ‚zugelassener‘ Wahrheiten und Tatsachen zusammenschnürt, wenn sie solchermaßen moralisch eingeschnürt wird, ist kaum zu bezweifeln und gibt dem (von Krüger 2016 genau untersuchten) Eindruck zusätzlich Nahrung, wonach von der Themen- und Meinungsvielfalt der liberalen Medien nicht eben viel übrig ist. Es ist die Engführung eines moralischen (‚Wir sind die Guten‘) und eines epistemischen (‚Wir haben die Tatsachen und Wahrheiten‘) Anspruchs, was beide Sphären schrumpfen lässt und just die ‚Informationen‘ und ‚Tatsachen‘ privilegiert, die den eigenen moralischen Anspruch stützen.

Im politischen Diskurs steht der Tatsachen- und Wahrheitsanspruch in enger Verbindung mit dem, was die kommunizierenden Akteure wahr machen wollen.

4. Berührungsverbote und Kontaminationsbegriffe

Berührungsverbote und Kontaminationsbegriffe haben Konjunktur. Was ist darunter zu verstehen? Im Blick auf die in den vorangehenden Abschnitten skizzierte diskursive Konstellation stehen „Kontaminationsbegriffe“ (der Ausdruck ist geprägt von Mausfeld 2018) für den Anspruch der liberalen Leitmedien, ihre moralische und epistemische Hegemonie möglichst effizient gegen Angriffe von Zweiflern und Gegnern zu schützen. Zu beobachten ist, dass die in diesem Zusammenhang verwendeten diskursiven Strategien sich wandeln. Sie reduzieren ihre rationalen, argumentativen und versachlichenden Elemente und weisen stattdessen den Gegner einer Gruppe zu, für die ein absolutes Berührungsverbot gilt. „Kontaminiert“ im Sinne dieses Begriffs ist jeder politische Gegner, welcher öffentlich erfolgreich mit solchen Begriffen etikettiert werden kann. Es handelt sich hier um Ausdrücke wie Rassismus, Terrorismus, Populismus, Faschismus, Antisemitismus, Kolonialismus, Apartheid, Islamismus, Verschwörungstheorie etc. (gute und schlüssige Analysen zu solchen Begriffen gibt das Glossar von Ranan 2021). Man könnte sie auch als ultimative, radikal ausgrenzende Feindbegriffe und Stigmawörter bezeichnen. Wer mit ihnen etikettiert wird, ist nicht nur selbst auf der absolut bösen Seite des Spektrums lokalisiert; er ist auch ansteckend für andere, er muss von allen gemie-

¹ Zusatz von Juni 2022. Der Text ist in der Hauptsache vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine geschrieben.

den und gegen alle isoliert werden, weil jeder, der mit ihm nachweislich Kontakt aufnimmt (oder in Verbindung gebracht werden kann), selbst infiziert ist und eo ipso auch selbst ansteckend wird. Die Parallelen zum Pandemiediskurs sind natürlich äußerst suggestiv, und insofern verdient es Beachtung, dass der prophetische Ausdruck „Kontaminationsbegriffe“ vor der Pandemie geprägt worden ist.

Zu den halbwegs sicheren diskurslinguistischen Befunden der vergangenen Jahrzehnte gehört es jedenfalls, dass solche Kontaminationsbegriffe hoch expansive Verwendungen aufweisen. Lautstarke Machthaber (von Israel über Russland, Ungarn bis zur Türkei) erklären ihre jeweiligen Oppositionen für „terroristisch“. Notorisch ist die Frage, wo die „Israelkritik“ aufhört und der „Antisemitismus“ anfängt. Dem Vorwurf des ‚Rassismus‘ setzt man sich möglicherweise bereits aus, wenn man einen migrantisch aussehenden Nachbarn nach seiner Herkunft befragt, und einige distinguierte medizinische Dissidenten dürften sich mächtig darüber gewundert haben, dass sie mit einem Male ‚Verschwörungstheoretiker‘ waren, da sie der staatlich offiziellierten (und medial verstärkten) Lesart der Pandemie (und der Maßnahmen gegen sie) nicht zustimmen mochten.

Das alles sind zunächst überwiegend Beispiele für die expansive Verwendung von Kontaminationsbegriffen in harten machtpolitischen Zusammenhängen. Noch auffälliger ist jedoch deren expansive und disziplinierende Verwendung in belanglosen Alltagsdingen, wo ihre Hauptwirkung darin besteht, dem Publikum klarzumachen, dass man sehr leicht (z.B. schon durch gedankenloses Sprechen, durch ‚kulturelle Aneignung‘, durch ‚unkorrektes‘ Tun) in den ansteckenden Umkreis des absolut Bösen geraten kann. Einmal mehr sind es die Fürsprecher improvisierter, moralisch hyperaktiver Opfercommunities in sozialen Netzwerken, von denen diese Bewegung ausgeht: Geübt in der Kommunikation von Empörung und Beleidigtsein, stürzen sie sich gerne auf alles, was sich in dieser Hinsicht skandalisieren lässt (eine eindrucksvolle Sammlung von „Fällen“ gibt Fourest 2020). Wer nicht aufpasst, gerät leicht in einen *shit storm*.

All das könnte man (kopfschüttelnd) bagatellisieren als Problem einer überempfindlichen, ‚woken‘ Subkultur. Es wird aber eben dadurch zu einem massiven gesamtgesellschaftlichen Problem, dass sich die (politischen, ökonomischen, medialen) Eliten des Westens das verbindliche Image von Diversität/Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz zugelegt haben, das man als global attraktiver Wirtschaftsstandort haben und pflegen muss. Nichts fürchtet man in den oberen Etagen von Politik, Wirtschaft und Kultur so sehr wie den Imageverlust, der dadurch entsteht, dass man mit einem etablierten Kontaminationsbegriff in Berührung gebracht werden kann. Und eben dieser Umstand führt dazu, dass man in diesen oberen Etagen der Gesellschaft auch die wildesten Empfindlichkeiten der ‚Generation Be-

leidigt‘ und ihrer Opfercommunities übernimmt und (im Diversity Management) zur Chefsache erklärt. Das hegemoniale Repertoire umfasst alle Optionen: von der kaltschnäuzigen Macht- und Interessenpolitik bis zur hoch moralisierten Image- und Gemeinschaftspflege. Und hier kommt das ins Spiel, was Krüger (2016: 105ff) treffend als eine (natürlich implizite) „Verantwortungsschwörung“ im Mainstream-Journalismus bezeichnet: Man fühlt sich verantwortlich dafür, möglichst nichts zu veröffentlichen, was dem „populistischen“ Gegner nutzt oder in die Hände spielt. Man vermeidet geradezu panisch alles, was einem den Verdacht zuziehen könnte, man verhälfe kontaminierten Personen und Strömungen zu medialer Öffentlichkeit. Eine solche „Verantwortungsschwörung“ unterläuft und konterkariert zwangsläufig das zugleich mit ihr reklamierte epistemische Faktenmonopol. Fakten, die dem moralisch identifizierten Gegner nützen könnten, rücken in den Hintergrund. Was mit einiger Zwangsläufigkeit dazu führt, dass alles, was an Haltungen im Publikum verbreitet ist, aber als „ansteckend“ gilt (oder auch nur so kodiert werden kann), in den Mainstream-Medien entartikuliert wird:

Hinzu kommt das Gefühl, dass Medien nicht nur sehr aufgeregt, sondern häufig einseitig berichten – zuweilen offenbar aus erzieherischem Impetus heraus, um die Nutzer vor Verwirrung über die „richtige“ Interpretation der Ereignisse zu schützen oder um zu verhindern, dass unerwünschte, aber weit verbreitete Einstellungen in der Bevölkerung (Russlandfreundlichkeit, Antiamerikanismus, Euroskepsis, Ausländer- und Islamfeindlichkeit) öffentlich sichtbar und politisch wirksam werden. (Krüger 2016: 136)

Ein Lehrstück ist in diesem Zusammenhang die Behandlung der ‚Querdenker‘-Bewegung in den Leitmedien während der letzten beiden Coronajahre: Ganz abgesehen davon, dass der Ausdruck „Querdenker“, bevor ihn die Gegner der Coronapolitik als Selbstbezeichnung für sich reklamiert haben, ein Hochwertwort war (Konzerne suchten kreative „Querdenker“ für ihr Management!), gibt es so gut wie keinen etablierten Kontaminationsbegriff, der nicht in den Leitmedien gegen die „Querdenker“ in Stellung gebracht worden wäre: Populismus, Rechtsextremismus und Verschwörungstheorie sind noch die milden Varianten. Offenbar ein von der „Verantwortungsschwörung“ der Medienmacher getragener Versuch, den Gegnern der Coronapolitik keine legitime öffentliche Stimme zu geben. Sehr instruktiv in dieser Hinsicht ist ein Interview, das die SZ mit dem bekannten Mathematiker und Statistiker Gerd Antes geführt hat, der sich gegen das Berührungsverbot mit den „Querdenkern“ verwahrt (Berndt & Hütten 2021). Die SZ titelt suggestiv: „Wie konnte es so weit kommen?“ Sie meint offenbar, dass ihre Berührungsverbote auch für Wissenschaftler

verbindlich seien. Die politische Dialektik einer solchen Medienstrategie ist erkennbar: Wer den medialen Deutungsmustern traut (oder sie fürchtet), der wird sich von allem fernhalten, was als „Querdenker“ markiert ist. Wer den medialen Deutungsmustern nicht (mehr) traut, der wird die Erfahrung machen, wie leicht man in eine Ecke getrieben und gestellt werden kann, in die man gar nicht gehören möchte. Antes fragt im o.g. Interview, ob er verpflichtet sei, ein Schild mitzuführen, auf dem steht, dass er nicht zu den Querdenkern gehört. Eine solche hemdsärmelige Behandlung politischer Opposition (von Wissenschaftlern, die in ‚ihrem‘ Feld über hohe Reputation verfügen) kontrastiert merkwürdig mit den enormen Empfindlichkeiten, die man (mehr oder minder) organisierten Opferidentitäten zugesteht – was im Ensemble Stoff und Nahrung für das neurechte Narrativ liefert, die globalen Eliten würden in ihren Medien die einheimische Mehrheitsbevölkerung benachteiligen zugunsten skurriler, aber lautstarker Opfergruppen.

Die aktuelle Überdehnung von Kontaminationsbegriffen wie Rassismus erfährt der normale Medienkonsument in Feuilleton- und Seminardebatten darüber, ob Kant und Hegel Rassisten gewesen seien (oder gar Hannah Arendt!), ob Kinder, die sich an Karneval als Indianer verkleiden, verkappten Kolonialismus verkörpern (oder für kulturelle Aneignung stehen), ob der „Negerkönig“ in Pippi Langstrumpf gestrichen und ‚korrekt‘ gestaltet werden soll etc. Wie die Qualitätsmedien sich in solchen (symbolischen) Dingen positionieren, ist ein wichtiger Indikator für ihr Verhältnis zu den Internet-Plattformen und sozialen Medien (und den dort etablierten Kommunikationsstandards). Die bildungsbürgerlich-konservative FAZ z.B. hat Jahrzehnte lang über alles gespottet und gelästert, was „politisch korrekt“ daherkam. Mittlerweile finden sich auch in der FAZ Artikel, in denen Verständnis für das studentische Bedürfnis nach *safe space* artikuliert wird, in denen man vor den traumatisierenden Wirkungen anstößiger Literatur (von Ovid bis Céline und Houellebecq) wenigstens durch Triggerwarnungen geschützt wird (Von Contzen 2021). Und selbst das Kinderlied von den „Drei Chinesen mit dem Kontrabass“ ist neuerdings in der FAZ rassistischer Umtriebe verdächtig. Einschlägige Texte werden freilich in der FAZ mit einiger Vorsicht lanciert. Das seit vielen Jahren auf einen strikten Anti-PC-Kurs eingestimmte Publikum soll nicht vor den Kopf gestoßen werden. Profitieren möchte man indessen von dem Umstand, dass alles, was in beiden Lagern, dem ‚woken‘ oder korrekten ebenso wie dem bildungsbürgerlich-konservativen, als identitätspolitisch kodiert werden kann, ein aufmerksamkeitspolitischer Selbstläufer ist. Ironischerweise dürfte die FAZ daher doppelt von der Besetzung beider Positionen profitieren können, solange es ihr gelingt, das Stammpublikum nicht zu vergraulen. Neben dem aufmerksamkeitspolitischen (und aufmerksamkeitsökonomischen) Vorteil stärkt diese Praxis den demokratischen Anspruch der

‚Qualitätszeitungen‘ (und der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten), konträren Positionen gleichermaßen Raum zu geben. Dass diese Mehrstimmigkeit im Raum hoch aufgeladener, aber praktisch weitgehend folgenloser Moralisierungsthemen spielt, ist durchaus zeit- und stilgemäß. Es koppelt das erklärte Faktenmonopol mit demonstrativer Liberalität bei aufregenden Nähe- und Empörungsthemen. Am Ende erweist sich so „simulierte Distanz“ als durchaus vereinbar mit den kommunikativen Techniken der simulierten Nähe. Vogl (2021: 174) spricht in diesem Zusammenhang vom „strukturellen Populismus“ der medialen Vergesellschaftung. Bröckling (2021) schreibt in seiner Rezension von Vogl (2021):

Der in den Echokammern der Online-Communities kollektivierte Subjektivismus des bloßen Meinens verträgt sich freilich aufs Beste mit einem autoritären Tatsachenfetischismus, dessen Gewissheitsbehauptungen keinen Widerspruch dulden. Begründungen stören nur, wenn es darum geht, das Ungefähre mit dem vermeintlich Fraglosen kurzzuschließen. Das Ressentiment fragt ohnehin nicht nach Wahrheit, sondern sorgt für affektive Passung. (Bröckling 2021)

5. Schluss

Einen dramatischen Verlauf nahm bekanntlich der Hegemoniekampf zwischen alten und neuen Medien in den USA. Nagle (2018) spricht vom Sieg der „digitalen Gegenrevolution“ in den USA und resümiert:

2016 könnte sich als das Jahr erweisen, in dem die Kontrolle der etablierten Medien über die große Politik sich in Luft auflöste. (Nagle 2018: 11)

Trump dürfte der erste US-Präsident gewesen sein, der trotz (oder vielleicht wegen) der überwältigenden Feindschaft der klassischen Medien gegen ihn (und vice versa) zum Präsidenten gewählt worden ist (und der auch vier Jahre gegen die liberale Medienszene regieren konnte). Aus der linken Cyber-Utopie vom herrschaftsfreien und demokratischen Internet ist binnen weniger Jahre eine Sphäre rechtspopulistischer Transgression gegenüber allem geworden, was ‚korrekt‘, ‚divers‘ und ‚woke‘ auftritt, vor allem, aber nicht nur an den Universitäten. Es scheint in den USA ein stillschweigendes Bündnis zwischen den akademischen College-Milieus und den weltweit tätigen ökonomischen Giganten des Typs Amazon, Google, Microsoft in Sachen Diversität zu geben: Die Firmen brauchen ein weltoffenes Image, um global für Qualifizierte attraktiv zu sein und um Arbeitskämpfe zu verhindern, und die Colleges qualifizieren ihre Absolventen so, dass sie diesem Image entsprechen. Akteure wie Amazon und Google agieren nicht auf Märkten, sie sind globale Märkte, auf denen die anderen

agieren müssen (wie Vogl 2021 argumentiert). Insofern sind die Konflikte in den USA viel handfester (und folgenreicher) als unsere Feuilletondebatten. Über den Höhepunkt der einschlägigen Korrektheits- und Empfindlichkeitskultur in den USA schreibt Nagle:

Alles, von asiatischen Nudeln zu Shakespeare, war „problematisch“, und sogar die alltäglichsten Handlungen waren „frauenfeindlich“ und „rassistisch“. (Nagle 2018: 16)

Die Autorin beschreibt auch im Detail die interne Steigerungs- und Überbietungsdynamik dieser ‚woken‘ Szene. In den einschlägigen (vor allem: akademischen) Subkulturen ist „Gutsein“ eine Währung, die stets verknappert werden muss. Das kulturelle Kapital „Tugend“ wird entwertet, wenn alle es besitzen und teilen. Man kennt diese moralische Verknappungs- und Eskalationsdynamik auch hier aus vielen empfindsamen Szenen. Sei es das Feld der Ernährung (Steigerungsformen von Veganismus etc.), des Tierschutzes, des ökologischen Lebens etc. Moralblasen dieses Typs verwalten ihre Außengrenzen, um sich vor Vermassung zu schützen, denn Vermassung entwertet ihr Kapital. Offenbar kann man jedoch auch das exklusive Gutsein so übertreiben, dass es eine massive Gegenbewegung der Transgression, des Schockierens, der Aggression und Beleidigung, kurz: des demonstrativen Bösesseins ‚triggert‘.

So weit sind wir hier einstweilen in den politischen Zentren noch nicht. Wir üben noch im Feuilleton.

6. Literatur

- Berndt, Christina & Hütten, Felix (2021): „Ich fand die Gelegenheit gut.“ Interview mit Gerd Antes. Süddeutsche Zeitung vom 12. Oktober 2021. S. 13.
- Bröckling, Ulrich (2021): „Monetative Gewalt, digitale Kontrolle, struktureller Populismus. Rezension zu „Kapital und Ressentiment“ von Joseph Vogl.“ In: Soziopolis vom 19.03.2021. URL: <https://www.sozio.polis.de/monetative-gewalt-digitale-kontrolle-struktureller-populismus.html> [eingesehen am 5.6.2022].
- Buhrow, Tom (2022): „Wir müssen die große Reform wagen.“ In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. November 2022. S. 13.
- Burke, Kenneth (1987 [1935]): Permanence and Change. An Anatomy of Purpose. 3. Aufl. Berkeley, L.A.: University of California Press.
- Elias, Norbert (1987): Die Gesellschaft der Individuen. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Fourest, Caroline (2020): Generation Beleidigt. Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei. Berlin: Tiamat.
- Horton, Donald & Wohl, R. Richard (1956): „Mass Communication and Para-Social Interaction: Observations on Intimacy at a Distance.“ In: Psychiatry 18. S. 215-228.
- Knobloch, Clemens (Hrsg.) (2021): kultuRRRevolution 81(2021). Special Issue: „Auf dem Boden der Tatsachen: Wissenschaftliche Wahrheiten im Diskurs“.
- Koch, Peter & Oesterreicher, Wulf (1985): „Sprache der Nähe – Sprache der Distanz. Mündlichkeit und Schriftlichkeit im Spannungsfeld von Sprachtheorie und Sprachgeschichte.“ In: Romanistisches Jahrbuch 36. S. 15-43.
- Krüger, Uwe (2016): Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen. München: Beck.
- Mausfeld, Rainer (2018): Warum schweigen die Lämmer? Frankfurt/M.: Westend.
- Metz, Markus & Seeßlen, Georg (2011): Blödmaschinen. Die Fabrikation der Stupidität. Berlin: Suhrkamp.
- Nagle, Angela (2018): Die digitale Gegenrevolution. Bielefeld: transcript.
- Peters, John Durham (1999): Speaking into the Air. A History of the Idea of Communication. Chicago, IL: Chicago University Press.
- Pfaller, Robert (2017): Erwachsenensprache. Über ihr Verschwinden aus Politik und Kultur. Frankfurt/M.: Fischer.
- Ranan, David, Hg. (2021): Sprachgewalt. Missbrauchte Wörter und andere politische Kampfbegriffe. Bonn: Dietz Nachf.
- Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Stegemann, Bernd (2018): Die Moralfalle. Berlin: Matthes & Seitz.
- Stegemann, Bernd (2021): Die Öffentlichkeit und ihre Feinde. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Thiel, Thorsten (2020): „Öffentlichkeit, digitale“. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Stichworte zur Zeit. Ein Glossar. Bielefeld: Transkript. S. 197-209.
- Vogl, Joseph (2021): Kapital und Ressentiment. Eine kurze Theorie der Gegenwart. München: Beck.
- Von Contzen, Eva (2021): „Der ästhetische Lehrwert der Trigger Warnings“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. Dezember 2021. S. 8.
- Wehling, Elisabeth (2019): „Framing Manual. Unser gemeinsamer, freier Rundfunk ARD“. Veröffentlicht unter: https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2019/02/framing_gutachten_ard.pdf. [eingesehen 14.10.2021]
- Zürn, Michael (2022): „Der Wert der Wahrheit“. In: Süddeutsche Zeitung vom 12. Januar 2022. S. 12.